

**Antrag 11/II/2023****Abt. 08 Johannisthal/Niederschöneweide****Der Landesparteitag möge beschließen:****Solidarität mit den ostdeutschen Landesverbänden der SPD**

1 Der Landesvorstand der Berliner SPD setzt sich gegenüber  
 2 der Bundespartei dafür ein, in enger Kooperation mit den  
 3 beiden Landesverbänden eine gezielte bundesweite Unter-  
 4 stützungskampagne für die Wahlkämpfe insbesondere  
 5 in Thüringen und Sachsen zu organisieren, die sowohl  
 6 Wahlkampfunterstützung wie auch eine gezielte und spe-  
 7 zifische Mitgliederwerbekampagne umfasst.

8

**9 Begründung**

10 Das gegenwärtige Umfragehoch der AfD und ihr Erfolg  
 11 bei der Landratswahl in Sonneberg muss alle Demokra-  
 12 tinnen und Demokraten zutiefst beunruhigen. Einerseits  
 13 muss mit einer Politik der Problemlösung darauf reagiert  
 14 werden. Die Zukunft ist demokratisch gestaltbar. Eine ech-  
 15 te Lösung der aktuellen Krisen bedarf unbedingt der De-  
 16 mokratie, weil nur das Wissen und das Engagement der  
 17 Vielen zu echten Lösungen führt.

18 Demokratische Politik erfordert deshalb Haltung – Hal-  
 19 tung gegen rechts. Politik ist aber auch: Organisation. In  
 20 einigen wichtigen ostdeutschen Bundesländern sind die  
 21 demokratischen Parteien insgesamt und die SPD im Be-  
 22 sonderen, sehr schwach (Mitgliederzahl, Organisations-  
 23 grad, Wahlergebnisse). Es gibt jedoch keine Demokratie  
 24 ohne Demokratinnen und Demokraten und wenn es zu  
 25 wenige sind, hat auch das Folgen.

26 In den ostdeutschen Bundesländern stehen drei wichtige  
 27 Landtagswahlen an, am 22. September 2024 in Branden-  
 28 burg und im Herbst 2024 in Thüringen und Sachsen. Vor  
 29 allem in Thüringen und Sachsen sieht es für die demo-  
 30 kratischen Parteien allgemein und für die SPD insbeson-  
 31 dere nicht gut aus. Um dem entgegenzuwirken, bedarf es  
 32 ebenso einer langfristigen Strategie wie auch kurzfristiger  
 33 Maßnahmen. Das kurzfristige Ziel muss sein, die AfD von  
 34 der Regierung fernzuhalten, das langfristige Ziel ist es, die  
 35 SPD zur führenden Kraft in diesen Bundesländern zu ma-  
 36 chen.

37 Viele Menschen in Thüringen und Sachsen sind über die  
 38 Entwicklung der AfD beunruhigt. Ihre Sorge um die Demo-  
 39 kratie muss einen Ort finden. Dieser Ort ist in der SPD. Es  
 40 gilt, dieses Momentum zu nutzen, es zum Anlass für ei-  
 41 ne Wende zum Besseren zu nehmen. Die SPD muss stär-  
 42 ker werden, um besser kämpfen zu können und bei Wah-  
 43 len besser abzuschneiden. Deshalb ist eine Mitgliederwer-  
 44 bekampagne – speziell zugeschnitten auf Thüringen und  
 45 Sachsen – die richtige Antwort. Es gilt, die AfD spätestens  
 46 bei den Wahlen in Thüringen und Sachsen zu stoppen.

47 Deshalb sollten sowohl die Bundes-SPD wie auch der Ber-  
 48 liner Landesverband der SPD die beiden Landesverbände

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Der Landesvorstand der Berliner SPD setzt sich gegenüber  
 der Bundespartei dafür ein, in enger Kooperation mit den  
**drei** Landesverbänden eine gezielte bundesweite Unter-  
 stützungskampagne für die Wahlkämpfe insbesondere in  
**Brandenburg** zu organisieren, die sowohl Wahlkampfunter-  
 stützung wie auch eine gezielte und spezifische Mit-  
 gliederwerbekampagne umfasst.

- 49 gezielt unterstützen. Sie sollten sie unterstützen,  
50 1. a) durch eine gezielte Mitgliederwerbekampagne in  
51 Thüringen und Sachsen  
52 2. b) durch eine Wahlkampagne, die auf die Hilfe von  
53 außen setzt, auf Unterstützerinnen und Unterstüt-  
54 zer aus den anderen Landesverbänden (aus dem  
55 ganzen Bundesgebiet) die in allen Dörfern und Städ-  
56 ten in Brandenburg, Thüringen und Sachsen Wahl-  
57 kampfeinsätze machen und die damit ihre Solidari-  
58 tät im Kampf gegen Rechts ausdrücken; dazu ist in-  
59 nerhalb der Bundes-SPD eine Unterstützungskam-  
60 pagne zu organisieren  
61 3. c) Bundespartei und die Landesverbände gemein-  
62 sam entwickeln gezielt eine mittel- und langfristige  
63 Strategie, mit der die SPD zur führenden Kraft in al-  
64 len neuen Bundesländern werden soll  
65